

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug, Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 16. Juni 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 68

### Johannisfestgabe an die Invaliden

Der Verbandsvorstand hat beschlossen, den im Bezuge befindlichen Invaliden anlässlich des Johannisfestes eine außerordentliche Unterstützung im Betrage von 100 Mk. zu gewähren.

Die gleiche Unterstützung erhalten auch die Invaliden der Zentralinvalidenkasse in Liquidation, und zwar ebenfalls aus der Verbandskasse.

Wir ersuchen die in Betracht kommenden Funktionäre, diese Unterstützung rechtzeitig zur Auszahlung zu bringen.

Die Gaukassierer wollen diese Unterstützung außerhalb der Abrechnung mit der Verbandskasse verrechnen, d. h. vom Überschuss in Abzug bringen, und ganz besonders beachten, daß die Beträge für die Invaliden der Zentralinvalidenkasse i. Lique. nicht dieser Kasse, sondern der Verbandskasse in Ausgabe zu stellen sind.

Der Verbandsvorstand.

### Zur Einberufung des Tarifausschusses

Die Bekanntmachung des Tarifamts in voriger Nummer demonstriert scharf einen großen Fortschritt der Besetzung des Tarifamts. Er ist in der Februartagung des Tarifausschusses von der Gehilfenvertretung gegen den scharfen Widerstand der Prinzipalfraktion durchgeführt worden. Was hat es für Anstrengungen gekostet, bis von Ende Dezember an dem Drängen der Gehilfenschaft auf Einberufung des Tarifausschusses Halt gegeben, die endlich zum 7. Februar durchgeführt werden konnte? Der „Korr.“ hat damals wochenlang ankürmen müssen, bis der Standpunkt des Deutschen Buchdruckervereins, daß seine Zustimmung oder die der Gehilfenorganisationen für oder gegen einen Einberufungsantrag maßgebend sein müsse, hinfällig geworden war. Bei diesem Zustande hätte tatsächlich die eine oder die andere Partei immer eine in außerordentlichen Umständen begründete Forderung des Tarifausschusses hinterziehen können; es war das bis dahin ja noch nicht versucht worden in der langen Zeit der Tarifgemeinschaft, aber dann trat mit einmal ein solcher Präzedenzfall in kraftvoller Form ein. Darüber war nicht mit einer einzigen Zeile hinwegzukommen; nur Beharrlichkeit und immer mehr Material vermochten Breche zu legen und dann die Festung drüben zu nehmen. Wie richtig in jenen ersten Wochen dieses Jahres von uns taktiert wurde, geht aus folgender Auslassung von Dr. Alfred Keller in einem Artikel des „Archivs für Buchgewerbe und Graphik“ (Heft 5) hervor:

„Noch kaum je war der „Korr.“ so konsequent und so geschickt auf eine Frage eingeleitet wie in den letzten Wochen auf die Frage der Wiederaufnahme der Verhandlungen zu dem Zwecke, die Steuerungszulage neuerdings zu erhöhen. Es war die persönliche Mißstimmung der einzelnen Kreise zum Ausdruck gekommen, es waren auch die volkswirtschaftlichen Verhältnisse erörtert worden, geschäft mit Statistikern und Induzierern über Lebenshaltung, über Löhne anderer Gewerbe, über die wirtschaftliche Lage im allgemeinen und die schlechte Stellung der Gehilfen in ihr. Die Fäulnis dieser Ausführungen sollte nicht nur die Stimmung geben, wie sie war, sondern sie wollte auch eine gewisse Einstellung der Gehilfen gegenüber dem Bestehenden hervorrufen. Man sah die Meinungen zur Lawe anwachsend, die ungeheuer neue Verhandlungen und damit neue Zulagen forderle.“

Hier wird von einem Prinzipal der jüngeren Schule, dessen Anteil von Klugheit diktiert zu sein pflegt, ausgesprochen, daß es vor allem der „Korr.“ war, der mit seiner methodischen Untergrabung der Prinzipalstellung die frühere Ablehnung der Verhandlungen erreicht hat. Manchem bei uns ging es noch nicht schnell genug, aber auch Dr. Keller läßt erkennen, daß die Stellung auf der andern Seite doch erst kurzweilig gemacht werden mußte. Nun diesmal ist ein solches Artikelstromeisener nicht noch

wendig, weil das Tarifamt jetzt auf Antrag von nur einer Seite gezwungen ist, den Tarifausschub einzuberufen und danach ja mit seiner neuen Bekanntmachung gehandelt hat. Im Februar ist tatsächlich ein großer prinzipieller Erfolg damit erlöst worden.

Die Wirtschaftsbeihilfe für die drei Monate Februar, März, April ist das Produkt der äußerst schwierig gewordenen Februarverhandlungen des Tarifausschusses; daß uns der Gang zum Reichsarbeitsministerium damals sonders gut bekommen wäre, wird niemand behaupten können. Unsere Gauvorscherkonferenz im März hatte der Gehilfenvertretung im Tarifausschub ausgedehnt, daß den Erfordernissen auf dem Lohngebiete von der Prinzipalität weiter Rechnung getragen werden müsse. Das Tarifamt führte eine schriftliche Abstimmung herbei mit dem Resultat, daß die Steuerungszulage weitergeführt und die Wirtschaftsbeihilfe auf die Dauer von weiteren drei Monaten verlängert wurde. Sie läuft also noch den Juli hindurch. Ihre Ausdehnung auf die Lohnklasse A konnte nicht ermöglicht werden. Der Deutsche Buchdruckerverein machte mit dieser Politik einfachster Vertändigung trotz des gegen die Wirtschaftsbeihilfe hauptsächlich in Bayern gezeigten Widerstandes seine im Januar und Februar beobachtete Haltung wieder gut. Da für Mai noch in unfaßlicher Weise die Neuregelung der Lohnzuschläge bevorstand, war die Verlängerung der Wirtschaftsbeihilfe ein günstiges für uns Tariftgemeinschaft zugehöriger Vorgang. Man konnte nämlich schon im April stärkere Anzeichen einer Unternehmerrückwärtsbewegung zur Verschlechterung der Lohnverhältnisse wahrnehmen. Sie ist seitdem fortgeschritten. Manche Verhandlungen örtlich, regional und zentral sind gescheitert, bei den Holzarbeitern auch neuerdings wieder. Manchmal konnten die Unternehmer ihre Absichten schon durchsetzen; im mitteldeutschen Baugewerbe sind sie allerdings mit der Ausperrung hereingefallen. In unserer Nachbarschaft haben wir die Buchbinder unsern Beispiele mit einer Wirtschaftsbeihilfe folgen; am 21. April erst gelang es, einen Schiedsspruch darüber herbeizuführen, dem unternehmerseitig aber nicht nachgegeben wurde und der obenstehend jetzt vom Reichsarbeitsministerium nicht für rechtsverbindlich erklärt worden ist. (Siehe darüber unter „Rundschau“ in voriger Nummer.) Er wird nun von den Buchbindern durchzugehen versucht. In Schlesien sind an einzelnen Orten auch unsre Kollegen in diese Bewegung verwickelt worden, da der Deutsche Buchdruckerverein sich dem Verhalten der Arbeitgeberverbände (Apt) im Buchbindergewerbe insoweit angeschlossen, als er eine Verlängerung der Wirtschaftsbeihilfe für die Buchdruckerbuchbinder gleich den Buchdruckern ablehnte.

Wir haben im Leitartikel der Nr. 66 kein Fehl daraus gemacht, daß die in Berlin durch fragwürdige Versammlungsmehrheiten der Gauleitung aufgewungene Sanktion in gewerkschaftlicher Hinsicht weder Lob noch Vorwurf verdient. In der „Roten Fahne“ hat ein kommunistischer Stratege und Junggenosse nach der Berliner Bewegung sein Weisheitslämpchen angezündet und reichlich Unfuss damit ausgelassen. Aber selbst dieser Mann des puren Lohnabkommens spricht es ziemlich deutlich aus, daß man eine andre Sanktion hätte anwenden müssen; man habe zuerst das unternommen, was hätte zulezt kommen müssen. Wir bemerken noch, daß uns nicht eine Staatsaktion in Berlin als das Richtige erscheine, sondern auf dem Lohngebiete eintretende Schwierigkeiten der bei uns von jeher geltenden zentralen Regelung unterzogen werden müssen; mit dem Herausheben von besonderen Bedürfnissen wird nur zu leicht dem Sinne wegen über das allgemeine Interesse Vorhub geleistet. Die Abstimmung in Berlin empfahlen wir aber den Prinzipalen als kritischen Barometerstand zu betrachten: unsre Lohnverhältnisse seien noch immer unbefriedigend. Der aus Berlin kommende nachfolgende Artikel ist ein weiteres, sehr beachtliches Dokument für unsre Unternehmerrchaft. Wenn es nun auch im Sinne der in Berlin auf Gehilfenseite zum Schluß angenommenen abblasenden Resolution so schnell zu zentralen Verhandlungen kommt, sollte man dort, wo etwa auch „berlinert“ wird, schnell die Weichen umstellen und alles

in der Richtung Berliner Ingenieurhaus labren lassen. Die Gehilfenvertreter sind sofort mit dem notwendigen „Fahrgepäck“ auszurüsten.

Der wünschenswertere Zustand wäre jedoch der, daß es dieser Anträge und damit der bevorstehenden Tarifausschubung gar nicht bedürfe. Wenn mit der Kurzarbeit Schluß gemacht werden würde — sie hat sich tatsächlich zu einem bequemen Unternehmerrauschmitttel bei vorübergehenden Auftragschwankungen, sogar bei inneren Betriebsbeschränkungen entwickelt —, wäre die Entschädigung der Kurzarbeiter für den ausfallenden Lohn ja eine erledigte Sache. Es würde dieser Umstand auch dann eintreten, wenn die gesetzliche Regelung der Materie bis zum 1. Juli d. J. erfolgt wäre. Nach einem Antrage der Gewerkschaften sollen das Reich, die Unternehmer und die Arbeiter mit je einem Drittel des Lohnausfalls belegt werden. Das Unternehmertum sträubt sich dagegen. Die verlassene Regierung Gebrenbach-Simons hat wohl an sozialpolitischen Geschehnissen viel vorbereitet lassen, womit jedoch meistens erst die neue Regierung hervortritt, aber von einem die Kurzarbeit regelnden Gesetze hat man noch nichts in Sichtweite bekommen. Für die Prinzipalität hat im vergangenen Jahre den eigentlichen Grund für die Tarifbindung die im Dezember 1918 für Kurzarbeiter eingeführte Entschädigung abgegeben; nachdem bei Tarifausschubungen zwischen der Verlust zu ihrer Beseitigung nicht geglättet war; im Dezember 1919 entstand darüber eine sehr gespannte Situation. Durch die Verhandlungen vom Oktober/November 1920 kam es jedoch zu einem Abkatt dieser Entschädigung, die jetzt nur noch 15 Proz. ausmacht und mit Ende Juni überhaupt eingestellt werden soll, wenn eben — das war im vergangenen Jahre die Voraussetzung zu unsrer höchst unwillkürlichen Zustimmung dazu — nicht bis zu diesem Zeitpunkt die gesetzliche Regelung dieser Frage stattgefunden hat. Das ist nun leider eingetreten. Die Kurzarbeiterentschädigung ist ein wertvoller Akkuposten unsrer Tarifgemeinschaft, an dem diejenigen, die Arbeitsgemeinschaft und Tarifgemeinschaft vermehren oder beides verdonnern und den Tarifvertrag dazu, achlos vorübergehen. Sie war gleich nach der Revolution wohl in einigen Gewerben eingeführt, aber die betreffenden Unternehmerverbände verstanden sich bald davon wieder loszumachen. Es ist nicht notwendig, daß bei uns in einem Stadium, wo in absehbarer Zeit es doch zu einer gesetzlichen Regelung kommt, noch der gleiche Weg einer Schädigung für die Arbeiterschaft beschritten wird. Um so weniger braucht das der Fall zu sein, da die Kurzarbeit überwiegend nur für einen Teil der großstädtischen Druckereien in Betracht gekommen ist. Man sollte sich prinzipialseitig also nicht wieder auf das Prinzipienrot setzen, da es doch auf der andern Seite ebenso bekannt ist, daß mit dem Kurzarbeiten auch Anflug getrieben wird. Wenn jetzt trotz günstiger Konjunktur schon verlaufbar, daß in bestimmten großen Druckereien vom 1. Juli an die Kurzarbeit ausgedehnt werden soll, so müßte dem in der Weise entgegengetreten werden, daß man erklärt, für die Allgemeinheit liegt kein Interesse vor, gewissen Praktiken, die glücklicherweise nicht Allgemeingut sind, durch Aufhebung der Entschädigung für Kurzarbeit entgegenzukommen. Da über den Juni hinaus Vorjorge getroffen werden soll, so muß eben im Juni noch der Tarifausschub darüber beraten, was ferner werden soll. Wir hoffen, daß die Prinzipalvertretung die Sache nun von der hier erörterten Seite einer Betrachtung unterzieht.

Wegen der Wirtschaftsbeihilfe brauchste aus formalen Erwägungen der Tarifausschub im Juni noch nicht zusammenzutreten. Auch hier wäre der weit wünschenswertere Zustand, wenn überhaupt nicht mehr über Steuerungszulage und Wirtschaftsbeihilfe verhandelt zu werden brauchte. Das hätte allerdings zur starken Voraussetzung eine bedeutende Verbesserung im Preisstande für alle Lebensbedürfnisse. Davon ist aber keine Rede. Wohl kann von einem Nachlassen bei eilichen Lebensmitteln gesprochen werden, die sind aber meistens auch jetzt noch für die breite Masse kein absolutes Bedürfnis (wir nennen

Butter, Eier, Milch, Fleisch und Wurst), weil auch ihre jetzigen Preise für einen Arbeiterhaushalt noch undiskutabel sind. Im allgemeinen zeigt sich an den Lebensmittelpreisen, daß der geldliche Aufwand für den Lebensmittelbedarf an den notwendigsten Lebensmitteln bereits wieder im Steigen ist! In Kleidung, Wäsche, Schuhzeug hat es fast gar keine Abwärtsbewegung der außerordentlichen Verteuerung gegeben, und neuerdings wird von allen Seiten stärkeres Anzeichen der Preise hierher gemeldet. Die Wohnungspreise, die Straßenbahn-, Eisenbahn- und Posttarife, Beleuchtung und Heizmaterial, was stets von Auswärtigen usw. zu niedrig angelegt wird, aber nehmen eine Kurve, die einfach beängstigend wirkt. Bei den Bedarfsartikeln ist der Schlachtruß Preisabbau ein leeres Geräusch geblieben. Die stehende Redensart im geschäftlichen Leben, man müsse eben allgemein mit dem zehnfachen Preise gegen früher rechnen, wird schon gar nicht mehr bestritten. Der zehnfache Anschlag ist für den Durchschnitt aber gewiß noch zu niedrig gegriffen. Wie aber zeigt sich bei den Buchdruckern die Verzehrfachung im Lohne? Die Lohnklasse C mit ihren höchsten Minimumlöhnen weist unter wochenweiser Einrechnung der Wirtschaftsbefehle in Druckorten ohne Lokalaufschlag gegen die Vorkriegszeit nur eine Steigerung von 625,45 Proz. auf, bei 2 1/2 Proz. Lokalaufschlag: 610,18 Proz., bei 5: 637,27 Proz., bei 7 1/2: 656,26 Proz., bei 10: 687,44 Proz., bei 12 1/2: 694,93 Proz., bei 15: 686,21 Proz., bei 17 1/2: 714,92 Proz., bei 20: 712,12 Proz., bei 25: 686,50 Proz., für Hamburg: 698,14 Proz., für Berlin: 730,42 Proz. Im Gesamtdurchschnitt wird noch nicht ganz eine Verlebensachung erreicht. Es bedarf keiner Worte weiter, daß die Differenz zwischen Goll und Haben um beinahe ein Drittel — in den beiden niederen Klassen um mehr — viel zu groß ist. Die Wirtschaftsbefehle mit ihrem temporären Charakter und ihren Auslassungen ist zudem ein schwacher Notbehelf. Die Sonderzulagen aber im Kreise II usw., die doch in außerordentlichen Verhältnissen begründet sind, möchte man am liebsten schon jetzt beilegen.

Was steht uns alles nun bevor bei der Durchführung des Minimalums der Entente? Das neue Finanz- und Steuerprogramm der Reichsregierung kennt man nach den Erklärungen im Reichstag und im Reichswirtschaftsrat nur erst in schemenhaften Umrissen. Durch indirekte Steuern sollen mitbestehend ungeheure Summen zusammengebracht werden. Eine sehr starke Verteuerung wird allgemein als kommend erwartet. Der Hauptstoß erfolgt jedenfalls erst im Herbst; genug aber wird schon im Juli eintreten. Dabei hat die Reichsregierung unabhängig hiervon zwei Wohnungsgeleise vorbereitet, die eine neue Besteuerung von 25 Proz. für den Mieter bedingen. In einigen Städten zwingt die Finanznot zur Erhöhung der Grundsteuer um über das Doppelte; in Leipzig wird das am 1. Juli eintreten. Der Verband der Hausbesitzervereine schlägt jedoch einen Vorschlag vor und verlangt Genehmigung, die Mieten sofort um 10 Proz. gegen den Friedensstand erhöhen zu dürfen, da diese Steuer doch letzten Endes den Mietern zugedacht ist. Dabei sind in kleineren Städten die Mieten jetzt dermaßen gestiegen wie in Leipzig. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt von der nun mit Hochdruck kommenden Verteuerung. Reichswirtschaftsminister Schmidt hat am 10. Juni in einem Ausschuß des Reichswirtschaftsrats mit Recht von den niedrigen Löhnen in Deutschland gesprochen. Andererseits steuert die deutsche Wirtschaftspolitik gewohnheitsmäßig auch da auf die Weltmarktpresse zu, wo sie nicht schon im Frühjahr 1920 herbeigejohrt wurden und dann unerhörte Düsternissen gegen die Weltwirtschaft war. So geht es nicht weiter! Es muß zu einer Angleichung von Erzeugnispreisen und Lohn, von Geschäftsgewinn und Arbeitsertrags kommen. Bei uns nicht zuletzt, da wir zu weit darin auseinander sind, sondern in erster Linie! Deshalb muß im Juni noch darüber verhandelt werden.

Es könnte der Fall sein, daß in Prinzipalskreisen die Aufschüsse anders geben, daß die schon überholten Lebensmittelpreisen als ausschlaggebend betrachtet werden, daß man die Lokalaufschlagsneuerung als eine allgemeine Lohnerhöhung gelten lassen möchte. Diese irrige Meinung tauchte ja schon im kleinen Tarifausschuß auf, wurde aber sofort widerlegt, denn es ist doch in manchen Orten unverändert geblieben, mancher mit ganz wenig aufgebessert worden (von 70 M. pro Woche an), wenn auch bei bestimmten Verlebensbedingungen ganz ansehnliche Beträge herauskommen. So dürfen die Dinge aber nicht gelassen werden, weil es einfach falsch wäre. Aberhaupt würde es sehr nützlich sein, wenn man in Prinzipalskreisen nicht erst nachträglich (Dr. Heller) dem „Storr.“ zugestimmt, daß er guten Aufklärungsdienst verrichtet.

Am 18. Juni 1896 ist prinzipiell die Schaffung des Tarifamts beschlossen worden, der Tarifausschuß hatte sich schon konstituiert, und zum 1. Juli 1896 wurde der neue Tarif in Kraft gesetzt. Damit war die Tarifgemeinschaft trotz des schweren Stamps 1891/92 von neuem errichtet. Wir hoffen, daß sie sich nach 25 Jahren, gewissermaßen zu ihrem Jubiläum, bei den Unterhandlungen wieder bewähren wird.

## Ursachen der Vorgänge im Berliner Buchdruckgewerbe

In seiner Nr. 260 artikelt das „Berliner Tageblatt“ über wichtige Vorgänge im Berliner Buchdruckgewerbe. Es wurde ausgeführt, daß der nach langen Mühen abgeschlossene Reichsarbeitsvertrag durch die Forderungen der Gehilfenschaft ins Wanken gebracht wurde, und den einschlägigen Elementen der Buchdrucker wurde nahegelegt, der schweren Verantwortung eingedenk zu sein, die bei einer Stilllegung der Presse in jetziger Zeit die Arbeitnehmerschaft auf sich nehmen würde.

Diese Mahnung an die Arbeitnehmerschaft kann nicht ohne Widerspruch von dieser hingenommen werden. Zunächst muß die Arbeitnehmerschaft dagegen protestieren, daß bei der Öffentlichkeit der Ansicht erwidert wird, als seien es die Kreise der Arbeitnehmerschaft, die immer neue Anträge in unser Wirtschaftsleben durch „unberechtigte“ Lohnforderungen hineinbringen. Nein, die Arbeitnehmerschaft ist stets in der Defensive bei neuen Lohnforderungen! Die fortwährenden Steigerungen der Preise aller täglichen Lebensbedürfnisse des Arbeiters, wie Kartoffeln, Brot, Milch, Kohlen, Gas, Fahrgele, Miete usw. sind es, die den Arbeiter schwer mehrbeladen und ihn zwingen, sich einen kleinen Ausgleich zu schaffen. Würde man die Preissteigerungen dieser allerwichtigsten Lebensbedürfnisse des Arbeiters im vergangenen Jahre zusammenrechnen und die dadurch entstandene Mehrausgabe des einzelnen Arbeiters vergleichen mit seinen Lohnaufbesserungen des vergangenen Jahres, so würde sich eine große Differenz zuungunsten des Arbeiters ergeben. Die Lebenshaltung des Arbeiters (nicht von Jahr zu Jahr).

Die Steuerleistung des einzelnen steigt durch diese Preissteigerungen der wichtigsten Lebensmittel und die nachfolgenden (zu geringen) Lohnaufbesserungen immer mehr. Der Staat hat also ein direktes finanzielles Interesse an der Steigerung der Ausgaben für die Lebenshaltung der breiten Masse des Volkes. Sehen wir uns die Preissteigerungen näher an, so wird man leicht herausfinden, daß im verflossenen Jahre gerade die Sachen teurer geworden sind, auf deren Preisbildung die Behörden Einfluß hatten. Die Regierung ist der Mißhandlung an den wirtschaftlichen Anrufen, sie sieht bei den Preissteigerungen im trüben!

Die Arbeiterschaft sehnt sich nach Ruhe im Wirtschaftsleben und hat bei stabilen Preisen ihrer Lebensbedürfnisse noch nie den wirtschaftlichen Frieden leichtfertig gestört. Die Arbeiterschaft Deutschlands wehrt sich energisch gegen die andauernde Störung des deutschen Wirtschaftslebens durch weitere Steigerungen der Preise ihrer Lebensbedürfnisse durch deutsche Produzenten und deutsche Händler. Sie fordert die Reduzierung der zu großen Gewinne von Seiten des Staates. Die großen deutschen Unternehmergewinne sind mit die Ursache gewesen, bei den zu hohen Ententeleistungen an Deutschland. Die deutsche Arbeiterschaft hat keine Ursache, die Hauptlast des Friedensvertrags auf sich abwälzen und die hohen Unternehmergewinne fortbestehen zu lassen. Die deutschen Unternehmer und Händler sind die Hauptschuldigen an den unliebsten Vorgängen im Berliner Buchdruckgewerbe! Sorgt für Ruhe im Wirtschaftsleben! Der deutsche Arbeiterstand hat sich genug nehmen lassen während des Krieges und nach dem Kriege, jetzt muß Schluss gemacht werden mit der weiteren Bedrückung des Arbeiterstandes!

Berlin.

A. F.

## Unternehmerjorgen

Gegen die Weltengewährung der Wirtschaftsbefehle wandte sich in der „Zeitschrift“ (Nr. 20 vom 21. Mai 1921) ein eingehender Artikel, worin Gedankengänge zum Ausdruck kommen, die nicht ohne Widerspruch bleiben können.

Eingangs des Artikels wird treffend darauf verwiesen, daß die Behauptung des Zugrundertretens der kleinen Betriebe als Folge der steigenden Lohnhöhe schon zu häufig gebraucht sei und deshalb diese Waffe weggelegt werden müsse. Denn zwischen unbefriedigten Geschäftsergebnissen und Untergang sei immerhin noch ein Unterschied. Ein Einwand, dem nur zugestimmt werden kann, da er durch die entgegengesetzten Tatsachen schon längst als haltlos erwiesen ist. Zugegeben soll werden, daß in der jetzigen Zeit die Existenzbedingungen einzelner Kleinunternehmer nicht viel günstiger liegen als die eines gutbezahlten Gehilfen. Das sind aber nur Ausnahmen; der überwiegenden Anzahl der Unternehmer ist die wirtschaftliche Notlage der Gehilfenschaft, in der sie sich befinde, seit den Kriegsjahren befeind, ein fremdes Gebilde. Die Fragestellung des Artikelschreibers nach sachlichen Gründen für die Weltengewährung der Wirtschaftsbefehle ist nach meiner Auffassung nur eine abschließliche Verknüpfung der derzeitigen Teuerungsvorgänge. Denn so weitgehend ist ein Unternehmer nicht, zumal ein Zeitungsverleger, daß an ihm die Entwicklung unserer trostlosen Wirtschaftslage und die dadurch immer tiefer sinkende Kaufkraft der Arbeiterschaft unbemerkt vorüberginge. Nach der Auffassung des Artikelschreibers steht die Gehilfenschaft der gegenwärtigen Lage des Zeitungsgewerbes gleichgültig gegenüber. Wäre das nicht bloß eine Erwiderung auf die Gleichgültigkeit der Unternehmer, die sie der Gehilfenschaft entgegenbringen angesichts ihrer von Tag zu Tag drückender werdenden Notlage? Hat sich der Herr Zeitungsverleger schon einmal die Mühe genommen, Arbeitshaushaltungen zu prüfen, in denen nur der Buchdruckerlohn zur Befreiung des Lebensunterhalts zur Verfügung steht? Dann würde er gekündet haben, daß selbst, wenn ein Gehilfe dauernd in Vollbeschäftigung steht, mit dem Buchdruckerlohn nur der nackte, notdürftigste Lebens-

unterhalt bestritten werden kann, ohne daran denken zu können, Neuanfassungen für abgetragene Kleider- und Wäschestücke und abgenutzte Haushaltungsgesgenstände zu machen. Der jetzigen Lohnhöhe, die ungefähr das Sechsfache des Durchschnittslohns in der Vorkriegszeit beträgt, steht eine Erhöhung der Preise für die wichtigsten Lebensbedarfsartikel gegenüber, die zum großen Teil weit über das Sechsfache hinausgeht, ganz abgesehen von den Miet- und Fahrpreiserhöhungen und den hohen Steuerlasten. Angenichts dieser unüberlegbaren Lasten ist es als trivial zu bezeichnen, wenn die Buchdruckerlöhne als zu hoch hingestellt werden. Auch die Buchdruckergehilfen haben ein Recht auf irdischenwürdige Existenzbedingungen, was die jetzige Lohnhöhe durchaus nicht sind.

Den Höhepunkt seiner Kritik erreicht der Herr Zeitungsverleger mit dem Vorwurf an die Gehilfenschaft, daß sie so rücksichtslos sei, neben hohen Löhnen noch so umfangreiche Forderungen zu verlangen. Hierin liegt, gelinde ausgedrückt, eine wissenschaftliche Verkenntung des Wertes der Feriengewährung an die Arbeiterschaft. Denn das wird doch auch dem mit sozialen Verhältnissen nicht unbefangenen Unternehmer einleuchten, daß der Nutzen einer alljährlichen Erholungsreise für die menschliche Arbeitskraft im Hauptmaß von dem Unternehmer zugute kommt. Die Arbeitsmaschine, zu der der Industriearbeiter infolge der fortschreitenden Arbeitsleistung immer mehr herabstinkt, einmal des Jahres losgelöst von dem täglichen Schema, wird viel länger arbeitsfähig erhalten bleiben, auch das Interesse an der Berufsarbeit wird sicherlich durch die wiederkehrende Erholungsreise nicht geringer. In der heutzutage Zeit, in der es Nahrungsmittele, überhaupt Lebensbedarfsartikel genügend zu kaufen gibt, die Arbeiterschaft sich aber nur infolge des zu „hohen Lohnes“ begnügen muß, das Dargebotene gefehen zu haben, ist eine angemessene Feriengewährung doppelt notwendig. Ein unzureichender Einwand ist ferner, daß die Feriengewährung den Unternehmern allzu große Opfer auferlege. Die Praxis ist doch meist so, daß die Feriengeld gleichzeitig die Zeit der Geschäftsrube ist, in der der Betrieb nicht besonders stark mit Aufträgen belastet ist. In diesem und jenem Unternehmen werden auch Ferienausreisen eingestell, aber in den meisten Geschäften geht die Ferienzzeit vorüber, ohne daß irgendwelche Mehrausgabe für erhöhten Personalstand erwachsen ist.

Zum Schluß noch ein paar Worte zu dem Vorwurfe an die Gehilfenschaft, daß sie zu geringe Anteilnahme an Geschäften zeige. An der Gehilfenschaft — allgemein gesprochen der Arbeiterschaft — liegt es keinesfalls, daß die Anteilnahme keine andre ist. Sind es nicht die Unternehmer, die jeden Einspruch in die Betriebsführung zurückweisen, Vorschläge aus der Praxis nicht beachten und letzten Endes diejenigen mit Hinanspruch bedrohen, die nach Unternehmerauffassung ihre Aufgaben zu weit ausdehnen? Was ist denn der Kampf um das Mitbestimmungs- und Bestimmungsgewalt im Betriebe, im Produktionsprozess, den die Arbeiterschaft schon seit langer Zeit führt? — Ist er etwas anderes als die Forderung nach Anteilnahme an Geschäften? Sind es nicht die Unternehmer, die mit aller Schärfe gegen jeden in der Öffentlichkeit auftauchenden Gedanken eines sozialen Aufstiegs Sturm laufen, nur um an dem Herr-ims-Saus-Standpunkte nicht rütteln zu lassen? Wie wird das Betriebsregime, welches nur winzige Rechte der Mitbestimmung in verschiedenen Fragen der Betriebsführung enthält, von den Unternehmern sabotiert und von allen Schallkräften bekämpft? Sind es nicht gerade die Unternehmer, die in jeder Hinsicht bei Prüfung aller Fragen der Betriebsführung rücksichtslos sich vom Profitinteresse leiten lassen, unbedünkelt darum, welche Opfer ihre einseitige Einstellung auf Erhöhung ihrer Profitrate für das Wirtschaftsleben und damit auch für die Arbeiterklasse erfordern? Der Kampf der Arbeiterklasse wird immer einer vermehrten Anteilnahme an der Betriebsführung gelten, wird immer ein Kampf sein um die Interaktion der Einzelinteressen unter das Gesamtinteresse. Wenn die Unternehmer ihre gegenläufige Stellung zu dieser Forderung der Arbeiterklasse einstellen, dann wird sich auch kein Unternehmer mehr zu belagern haben über zu geringe Anteilnahme der Gehilfenschaft an Geschäften. Dann wird es auch nicht mehr notwendig sein, daß ein Unternehmer, um seinen Gehilfen die tariflichen Bedingungen erfüllen zu können, Ferienausreise für die Gehilfen übernimmt oder seine tägliche Arbeitszeit auf zwölf und mehr Stunden ausdehnt. Denn dann hätten sich solche Betriebe erwiesen als Schädlinge der Volkswirtschaft, als diejenigen Betriebe, die ihre Existenzmöglichkeit nur erkaufen auf Kosten des Allgemeinwohls, auf Kosten der Materialvergeudung und der Vergeudung von Menschenkraft.

Zum Schluß richte ich die Mahnung an den Herrn Zeitungsverleger und seine ihm gleichgesinnten Kreise, recht vorsichtig mit den Vorwürfen gegen die Arbeiterschaft zu sein, denn das Ziel der Arbeiterschaft ist, die Sorgen für die Betriebsführung mit zu tragen, aber nur unter dem Gesichtspunkte der Unterordnung der Einzelinteressen unter die Gesamtinteressen. Dieses Ziel ist ein sittlich begründetes Recht und kann jede Prüfung bestehen, was von den Zielen der Unternehmer nicht zu sagen ist.

Leipzig.

M. Götz.

## Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Der zehnte Verbandstag hat um eine Woche verschoben werden müssen und findet nun in der laufenden Zeit. Von Deutschland nimmt Kollege Seib an den Verhandlungen teil. Vor vier Jahren fand zuletzt

ein Verbandsrat der Vereine der Buchdrucker und verwandter Berufe Österreichs statt. Dreizehn Verbandsvereine mit mehr als 16000 Mitgliedern entsandten damals Vertreter; die Versammlung Österreichs durch den Frieden von St. Germain bringt es mit sich, daß die österreichische Organisation nur noch sechs Vereine mit etwas über 8000 Mitgliedern zählt. Die Frage der Schaffung eines Reichsverbandes oder der eines Industrieverbandes im Wege der Kartellierung zählt zu den Hauptberührungspunkten.

**Slowakei.** Da der bisherige Redakteur des „Süßenberga“, der Zeitschrift für Buchdrucker und verwandte Interessen in der Tschechoslowakischen Republik, Kollege Johann Provanjak, in dem am 22. Mal d. J. abgehaltenen Generalversammlung seinen Posten niederlegte, wird dieser neu ausgeschrieben. Die Stelle wird provisorisch auf ein Jahr ausgeschrieben. Bewerber, die Mitglied des Vereins der Buchdrucker von Mähren, Böhmen und Schlesien sein müssen, erhalten im Falle der Wahl eine Kondition in Prag nachgewiesen sowie ein Honorar von 200 Kr. für jede Nummer des wöchentlich einmal erscheinenden Organs. Der Bewerbungsschrift ist ein 150 Zeilen umfassender Probeartikel über „Die Aufgaben der Buchdruckerorganisation in der Tschechoslowakei in der Selbstzeit“ sowie kurze Angaben über die bisherige organisatorische oder sonstige Tätigkeit nebst Lebenslauf beizulegen.

Die Preburrger „Typographia“ beleuchtet in ihrer Nummer vom 10. Juni den Verlehrsion, der sich annehmend im dortigen Gelebe zwischen Buchdruckern und Buchdruckerdirektoren als zeitgemäß herausgebildet hat. Unter der Stichmarke „Rausbüberei!“ wird das folgende zum besten gegeben: „Viele allzu volkstümlichen, von heute ab aber unzweifelhaft parlamentarischen Ausdrucksgebrauche dieser Tage ein Generaldirektor einer Preburrger Buchdrucker. Aller Wahrscheinlichkeit nach bedachte er in seiner „gerechten“ Aufwallung jenen Arbeiter mit diesem Titel, der sich erdreiste, die Selbstherrlichkeit eines Direktors auf seinem Mißhau anzugewöhnen und der glaubte, daß der alles schaffende Arbeiter auch ein wenig Fremt-müssen darf; oder gar lenen, der vergab, daß man bei dem Erscheinen eines Direktors nicht auf dem Bauche liegen, auch keine Büchlinge nach allen Seiten machen muß; auch kann er den Arbeiter gemein halten, der so viel Frechheit besitzt, Befehle und Uthate eines Generaldirektors, die — statt daß dieselben offen und männlich vorgebracht — in Abwehnen des Personals auf erschlichenen Mißen ausgehängt werden, zu ignorieren, sich über diese zu entrüsten und sie auch entfernen kann. Armer Prolet! Wenn man dich schon von deiner eingewurzelten Überzeugung und deinem destruktiven Geiste nicht befreien kann, so erfahre und beachte aus dem Mund eines wahr- und leibhaftigen Generaldirektors, wie man seinem gerechten Son Ausdrucks verleiht. Wenn dich nun ein Generaldirektor aus dem Gaudich seines hierau angefertigten Mißen beobachtet wird, wenn er dir den lieben Tag über in den Winkelhaken schauen wird, wenn er mit der Uhr in der Hand deine Leistung bemittelt und die Zeit berechnet, die du zur Verrichtung deiner Notdurft benötigst, dann entrüste dich nicht, denn das ist nichts andres als „Rausbüberei!“

**Rußland.** Lichtbildzeitungen werden Zeitungs-nachrichten zufolge in Moskau ebenfalls auf zwei großen Mißen dem Publikum geboten. Es ist schon mehrmals an dieser Stelle von der starken Einschränkung der russischen Presse durch den außerordentlichen Papiermangel berichtet worden. Jetzt soll nun auf diesem tatsächlich noch unbekanntem Wege das Volk mit den neuesten politischen Mißen bekannt gemacht werden — wenn es wahr ist, was die Zeitungen schreiben.

Die Schrifteleitung der Moskauer „Iswestija“ mußte kürzlich bekanntgeben, daß ein Artikel über die Nacharbeit im Zeitungsgewerbe nicht habe abgedruckt werden können, weil die Seher sich gewelger hätten, ihn zu lesen. Ihr Vorgehen hätten die Seher damit begründet, daß der Artikel den Interessen der Arbeiter im Zeitungsgewerbe widerspräche und von einer inkompetenten Persönlichkeit verfaßt sei. Dieser Zwischenfall, den die „Iswestija“ als „unerhört“ bezeichnen, hat sogar das Präsidium des Allrussischen Zentralerziehungsausschusses beschlagnahmt, welches den Beschluß faßte, die betreffenden Seher vor das neugebildete Gouvernements-Mißenparlament zu stellen. Die Frage der Nacharbeit im Zeitungsgewerbe ist in letzter Zeit das Thema einer Polemik zwischen der Moskauer „Iswestija“ und der Moskauer „Prawda“ gewesen. Die „Prawda“ war im Interesse der Arbeiter für die Abschaffung der Nacharbeit, während die „Iswestija“ mit Berufung auf das Interesse des gesamten Proletariats für die Beibehaltung der bisherigen Verhältnisse eintrat.

**Italien.** Einem uns freundschaftlich zur Verfügung gestellten Brief eines in Italien lebenden deutschen Kollegen entnehmen wir folgende Auszüge: In ganz Italien haust eine Frevelhände, die sich Fascisti (Verbündete) nennen. Von der Regierung beschützt, sind es aus dem Strige Zurückgekehrte, die sich zusammenfanden, um ihre Rechte der Regierung gegenüber zu vertreten. Deren Vereinigungen schlossen sich noch viele von der „inneren Front“ an, die niemals Pulver gerochen haben, meistens solche, die ohne Profession die Militärkarriere gewählt und jetzt natürlich „arbeitslos“ sind. So hatte das Kapital letztes Spiel, durch welche Fonds sich jener Verbindungen zu bemächtigen und als eine Art Gegenmittel gegen die Arbeiter anzuwenden. Haben die Herren doch nicht die Beibehaltung der Fabriken im Vorjahre verkörpert können, jetzt wollen sie sich rächen. Durch die Fascisten sind schon über 100 Arbeiterkammern, viele Klubs und Konsumvereine zerstört worden mit einem Schaden von über 70 Millionen Lire. Sozialistische Ver-

meindevertretungen wurden in vielen Orten durch Waffengewalt gezwungen, ihr Amt niederzulegen; Widerpenflige wurden geschlagen, auf Autos geladen, an einen Baum gebunden und im freien Felde, halb entkleidet, blind und Welter überlassen (meistens nachts werden sie aus dem Bett geholt, zum Schreden der Familien). Nach den Ausschreitungen kommt gewöhnlich die königliche Garde an und verhaftet jene, welche sich wehrten. Man will die Arbeitervereinigungen einfach sprengen und ihre Mißstände mindert machen. So wurden die Arbeiterzeitungen „Lavoratori“ (Triest), „Proletario“ (Vola), „Difesa“ (Florenz), „Giustizia“ (Reggio-Emilia) und die beiden Ausgaben des „Avanti“ in Mailand und Rom zerstört und dadurch viele Kollegen zur Arbeitslosigkeit gezwungen. Wie die Stimmung ist, bezeugt ein Aufruf an die Kollegen in der Aprilnummer des „Lavoratore del Libro“ (Bucharbeiter), in dem es heißt: „Der wilde Sturm, der sich überall entsetzte und Zerstörer, Arbeiterkammern, Vereinslokale und die Verkaufsstände der Arbeiterzeitungen zerstörte, ist leider in unserm Lande dauernd geworden. Sein politisches Ideal begründet jene wahnwinnigen Taten, seinen ökonomischen oder sozialen Inhalt rechtfertigen jene verbrecherischen Handlungen. Man zerstört und verbrennt, nur um lagen zu können: ich zerstöre es und übergab es den Flammen! Wir wissen, daß in keinem zivilisierten Lande der Zorn so ausartete, wie gerade in Italien. Trauriger Vorrat! Mit Schmerz und tiefem Mißdau muß man sehen, wie sich jene bestialen Leidenschaften verhären und die Grenzen der Vernunft überschreiten. . . Diese unfruchtbare Gärung von Groll und Haß erzeugt natürlich wederum Haß und Groll und verfliehet somit in unserm Lande das ganze gesellschaftliche Leben. . . Die von der Arbeit lebenden Klassen sind die ersten Opfer dieses heillosen und unheilvollen Instinktes, mit welchem man nur den Fortschritt zu hemmen sucht und die Organisationen zu vernichten gedenkt, deren Aufbau unläugliche Mühe und Opfer kostete; man will die Ideen einschränken, welche Gemeingut des heutigen Zeitalters sind, die Erregungsschicht unzähliger Kämpfe vergangener Tage bilden. . . Bucharbeiter, verleihe nicht, schließt die Reihen und — vorwärts! Diesem Aufruhr folgte die Tat; in den letzten Tagen des April wurden auf Beschluß des Verbandsvorstandes in Rom, Mailand und Turin die Kommissionen der Zeitungsseher bei den Zeitungs herausgebern vorstellend, um gegen die Zerstörung der Betriebe von Arbeiterzeitungen zu protestieren. Die Buchdrucker stellten sich doch ohne Ausnahme in den Dienst aller Parteien; deshalb lieh von der Presse zu verlangen, daß sie gegen diese Auswüchse des Klassenkampfes, welche viele Kollegen unschuldig arbeitslos machten, Stellung nähme, andernfalls würde sich der Verbandsvorstand gezwungen sehen, geeignete Schritte zu tun, dem Abel zu steuern. Während der Verhandlungen fanden die Zeitungsbetriebe eine Stunde still. Seitens der Weiber wurde die Berechtigung der Weiber werden anerkannt und ihrerseits verprochen, das „Mischelste“ zu tun, um jene Ausschreitungen zu bekämpfen. Trotzdem wurden nachträglich eine Druckerei in Verona und die „Tipografia Cooperativa“ in Padua zerstört; hier beklagen sich die Banken, reiche Bürger usw., um gegen 200000 Lire zusammenzubringen und so den Schaden zu decken. In Turin würde man gern die kommunistische Zeitung „L'Orchione Nuovo“ („Die neue Ordnung“) einem gleichen Schicksal übergeben, doch getraut man sich nicht heran. Dafür hat man aber am 26. April die schicksalbewachte Arbeiterkammer zerstört. Die Ursache war dadurch gegeben, daß die Fascisten am 28. April abends einen Kommunisten aus dem Bette holten und aufzoforderten, wegen früherer Streikthaten Rechnung abzuliegen; auf die Strafe gelangt, bedrohten sie den Alleinlebenden, der jedoch einen Revolver eingesteckt hatte, mit Schlägen. In seiner Not griff er zur Waffe, erschloß einen der drei Straßenträber, stießle und entkam. Auch wenn dieser Fall nicht eingetreten und weniger tragisch ausgefallen wäre, hätte man wohl einen Grund zur Strafpedition gegen die Arbeiterkammer gefunden. Am 26. April früh 4 1/2 Uhr wurde das Gebäude umzingelt, die es bewachenden „Sgl. Garbisten“ zogen sich — wie gewöhnlich in solchen Fällen — zurück und das Gebäude wurde erstickt, fünf Bomben hineingeworfen und so ersetzte die unteren Räume Feuer. Die Feuerwehr wurde durch Waffengewalt abgehalten, ihre Mißt zu tun, überhaupt der Telephonanruf der Zentrale nicht übermittelt, und so konnte es ruhig weiterbrennen. Eine Million Schaden wurde hier angerichtet. Was jene Mordbrenner bei anderthalbstündigem Haufen (bis die Polizei kam) nicht vollenden konnten, das besorgten dann obendrein diese Wächter des Gesetzes, was Untersuchungen befristeten. So war der 1. Mal für die Turiner Arbeiter ein Trauertag und Tausende betrafen gefahren Hauptes, viele mit krummen Schmerz und threnden Augen, die Stille, welche so viele Opfer gekostet hatte (war doch der Umbau kaum beendet, der 1 1/2 Mill. Lire gekostet). Wo die Fascisten in der Eile nicht hingekommen waren, hatten die andern gewillt; so auch in den Bureaus der Buchdrucker, wo alle Klassen und Schränke geöffnet wurden; man hat hier die Register zerstört, die Quittungsharten herumgetreut, die ganze Verwaltungseinrichtung auf den Kopf gestellt, die Schreibmaschine gestoben, ebenso Bücher der Bibliothek usw. Dabei ist der direkte Schaden der Buchdrucker noch klein (gegen 5000 Lire) im Verhältnisse zu den Bureaus der andern Gewerkschaften.

Andersfalls Lage Generalrat war die Antwort auf diese ruhmlose Tat, auch die Zeitungen erschienen nicht. Welter kann eine besonnene Arbeiterschaft zur Zeit nichts tun; überdrückt sie den krummen Prolet, so wird sie einfach niedergewalmt, darum predigt man Ruhe. Man weiß aber, es wird die Gelegenheit schon kommen, wo all das ausgestandene Ungemach weggemacht werden kann.

Zunehmende Stöckung in Industrie und Handel Italiens erbötigt übrigens die Arbeitslosigkeit und damit den Answirt der Arbeitslosen, zumal das Leben nicht billiger wird, wie einige Zeitungsseher zu behaupten wagen.

**Spanien.** Konditionsangeboten nach Spanien ist am besten Ablehnung gegenüber zu beobachten. Es werden gern Spezialkräfte gesucht (Monotypsetzer usw.) und Firmen mit deutschem Namen sind meistens diejenigen, die nach deutschen Arbeitskräften kapern. Wenn in einer solchen Druckerei mit dem Personal Differenzen entstehen, dann wird im künftigen Anzeiger inseriert; der Deutsche soll also gegen die spanischen Kollegen ausgespielt werden. Die Firma Blas & Co. in Madrid hat es kürzlich auch so versucht, spekulierte aber falsch, weil trotz der Schwierigkeit, Auskunfts über die Verhältnisse in Madrid zu erhalten, es in diesem Falle doch gut gelungen war. Der angebotene Lohn von 80 Pesetas ist zudem niedriger, als in üblicher Weise für Ledige gezahlt wird. Familienväter und Spezialkräfte werden höher bezahlt.

Die Regelung der Papierpreise ist durch Befehl einer Kommission übertragen, bestehend aus Vertretern der Presse und des Papierindustrials. Es wird ein milderer Preis nach Maßgabe der Preise für deutsches, schwedisches, norwegisches und finnisches Zeitungspapier gebildet, worauf bestimmte Zuschläge kommen, die nach der Papierart (Zeitung oder Zeitschrift) und deren Verbrauch sich unterscheiden. Tageszeitungen und Zeitschriften mit mehr als 100 t Jahresverbrauch können für ihren ausschließlichen Gebrauch Papier aus dem Ausland einführen. Zum Schutz der spanischen Buchproduktion und namentlich der für die Ausfuhr bestimmten Bücher soll dem Parlament nach diesem Befehl ein Gesetzentwurf vorgelegt werden.

**Frankreich.** Die G. au der Befestigung der französischen Kollegenchaft an den Wahlen zum „Obersten Rates der Arbeit“, einer fast rund dreißig Jahren bestehenden gesellschaftlichen Körperchaft, die mit dem deutschen Reichswirtschaftsrat auf eine Stufe gestellt werden kann, hat inzwischen ihre Erledigung dadurch gefunden, daß auf eine entsprechende Umfrage des französischen Verbandsvorstandes bei den Sektionen 92 Antworten eingingen, von denen sich 70 mehr oder weniger einstimmig für eine Befestigung und nur 22 direkt dagegen ausgesprochen haben. Infolgedessen hat der Zentralvorstand den Beschluß gefaßt, den 70 zustimmenden Sektionen den Kollegen Keuser als Kandidaten für diesen „Conseil supérieur du travail“ zu empfehlen, worauf dieser mit 44 Stimmen als Vertreter vorgeschlagen wurde, und zwar um das Geld nicht den Inorganistieren oder den Gelben zu überlassen. Interessant und beachtenswert auch für deutsche Verhältnisse oder Meinungsverhältnisse bezüglich der Befestigung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft an solchen gesellschaftlich autorisierten Arbeitsgemeinschaften dürfte ein in Nr. 22 dgr. „L'Impriarie Française“ aufzunehmendes Urteil des Kollegen Keuser über drei vorausgegangene Artikel zu diesem Thema sein, das wir nachstehend in gekürzter Form wiedergeben. Mit seiner Fronte fragt Kollege Keuser zunächst: Wenn man Gegner des parlamentarischen Systems ist, welches Wunder erwartet man denn von einem andern, ausschließlich beratenden Organismus? Welche radikale Lösung, welche gründliche Reformen könnte man denn erreichen, wenn stark auseinandergelagerte Interessen von allen Seiten hartnäckig verteidigt werden? Verunsichtigterweise müßte dabei ein System der gegenseitlichen Zugeständnisse beobachtet werden, um irgendein Abkommen zu erzielen, genau wie es die bisherigen Arbeitervertreter getan hatten; oder es bliebe nichts andres übrig, als fortgesetzter Streik und dauernde Gewalttätigkeit von der einen oder andern Seite. Die Überlegenheit der Gewalt und ihrer Anwendung behagen, den Klassenkampf immer und immer wieder zu verfrachten, sei eine bequeme Methode. Die Geschichte der Arbeiterkämpfe und Arbeiterauswanderungen wiederholt sich immer wieder und viele auch heute nichts Neues; es ist das alte trostlose Lied. Und die gegenwärtigen Ereignisse befristigen diese alte Erfahrung auch in der Frage der Beurteilung der Aufgaben und der Bedeutung des „Conseil supérieur du travail“. Gerade die französischen Buchdrucker hätten alle Ursache, dieser Körperchaft mit weniger Mißtrauen gegenüberzutreten. Der Erlass Millerands vom 10. August 1899 gegen die Mißbräuche beim Submissionswesen, bei der Vergebung behördlicher Brudtaufträge, sei eine Frucht der Tätigkeit dieses Obersten Rates der Arbeit. Dieser Erlass habe viele schlimme Mißbräuche beseitigt und sei seinerzeit von allen Sektionen des Verbandes erlobt worden. Und auch heute noch ist es von Wichtigkeit, daß die Durchführung jenes Erlasses, der die Vergebung von behördlichen Brudtaufträgen nur an lizenzirte Druckereien vorzieht, weder den einzelnen Präfekten noch Gemeindevorstellungen überlassen sei, sondern immer noch dem maßgebenden Einflusse des Obersten Rates der Arbeit unterließe. Dielem Umstände sei es auch zuzuschreiben, daß bei allen Wahlen zu dieser Körperchaft der französische Verbandsvorstand eine lebhaft propagandistische Tätigkeit entfaltet habe, daß die Buchdrucker darin vertreten waren und auch sonst nur Kandidaten gewählt wurden, die sich auf den Boden des Millerandischen Erlasses stellten. Weitere wichtige Gesetze und Verordnungen, die im Interesse der Arbeiter liegen, seien durch diese Körperchaft verordnet, angeregt und zur Anerkennung gebracht worden, wie z. B. die Frage der Anwartschaft des Lohnes (Beschlagnahmeverbot), das Gesetz für das Streikrecht mit Anerkennung der Berufsvereine (1894), die gesetzliche Verlängerung der Arbeitszeit in der Industrie, Festsetzung eines Mindestlohns für Heimarbeiter, Verbot der Nacharbeit in Webereien, die Vorschrift für Verwendung des „Labels“ bei Verwal-



# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzulieferen.

Beilage zu Nr. 68 — Leipzig, den 16. Juni 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Berlin.** Vertrauenspersonenversammlung vom 2. Juni.) In Verfolg der gegebenen Zulage in der Generalversammlung am 13. Mai hatte es Kollege Massini unternommen, zum Ausgleich des für Berlin ausgefallenen Lokalaufschlags, mit den Prinzipalverhandlungen anzubahnen (siehe „Korr.“ Nr. 62 unter Berlin). Diese Verhandlungen haben inzwischen stattgefunden, und erstallte nunmehr Kollege Massini sowie Kollege Stoth (von den Hilfsarbeitern) hierüber Bericht. Das Ergebnis war folgendes: Bei einem Lohne bis 10 Mk. über Minimum 15 Mk., von 11 bis 20 Mk. über Minimum 12 Mk., von 21 bis 30 Mk. über Minimum 8 Mk., wer darüber hat, erhält 5 Mk. Zulage. Die beiden Referenten legten in eingehender Weise die Situation dar und empfahlen schließlich der Versammlung die Annahme der getroffenen Abmachungen, die bis zum 30. September Geltung haben sollen. Die Versammlung war sehr bewegt und gestaltete sich die Diskussion zum Teil sehr stürmisch, so daß der Versammlungsleiter, Kollege Albrecht, Mühe hatte, die Ruhe aufrechtzuerhalten. Keiner der Diskussionsredner war mit den Abmachungen vollkommen zufrieden. Von zwei eingereichten Resolutionen, von denen die eine vermittelnd wirken sollte, gelangte die nachfolgende zur Annahme: „Die in der Vertrauensmännerversammlung am 2. Juni 1921 im Deutschen Sol' verammelten Buchdrucker und Hilfsarbeiter lehnen die getroffenen Vereinbarungen ab. Diese minimalen Zulagen bedeuten eine glatte Verhöhnung der elenden Lebensbedingungen der Berliner Buchdrucker und Hilfsarbeiter. Sie fordern von der Berliner Prinzipalität bei 48stündiger Freigewährung eine sofortige allgemeine Zulage von 35 Mk. Bei Ablehnung ist in den Streik einzutreten.“ Nach Annahme dieser Resolution stellte Kollege Albrecht die Frage: „Was nun?“ und legte dar, daß die Ausföhrung des Ultimatus eine technische Unmöglichkeit sei. Der Gauvorstand werde versuchen, mit der Prinzipalität so schnell als möglich in Föhlung zu kommen. Er warnte dringend vor unüberlegten Schritten, denn gerade heute haben wir die Geschlossenheit der Kollegen bitter notwendig. Die gestellte Frage zeigle sehr unterschiedliche Auffassungen, und das Ultimatum selbst wurde ebenfalls sehr unterschiedlich interpretiert. Schließlich wurde der Gauvorstand beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen, nachdem ein aus der Mitte der Versammlung gemachter Vorschlag, eine Kommission zu wählen, der Ablehnung verfiel. Es wurde ferner beschlossen, daß überall da, wo passives Verhalten geübt werde, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen sei. Die nächste Versammlung soll so schnell wie möglich durch die Tagespresse bekannt gemacht werden, um die Antwort der Prinzipale entgegenzunehmen. — Die folgende Vertrauenspersonenversammlung fand am 6. Juni im „Gewerkschaftshaus“ statt. Neben den Vertrauensleuten der Buchdrucker und Hilfsarbeiter waren ferner geladen die Delegierten der Generalversammlung und die Druckerhelfer. Kollege Albrecht als Leiter gab zur Berichtserstattung das Wort dem Kollegen Massini: Die Prinzipale hatten am Sonntag, den 5. Juni, ihre Versammlung abgehalten, um zu dem ihnen gestellten Ultimatum Stellung zu nehmen. Sie haben dasselbe einstimmig abgelehnt und bezeichnen das Vorgehen der einzelnen Personale als Tarifbruch. Die aufgesetzte Forderung von 35 Mk. wie die Befristung des Ultimatus sei als ein Verstoß gegen die Tarifgemeinschaft anzusehen. Werde das getroffene Abkommen Seemann-Massini nicht akzeptiert, dann werde dasselbe überhaupt zurückgegeben. Die Prinzipale teilen das Abkommen bis zum Donnerstag, den 9. Juni d. J., abends 6 Uhr, aufrecht. Es sei für die Gehilfen und Hilfsarbeiter getroffen, die Annahme könne nur durch beide Teile erfolgen; eine eventuelle Ablehnung durch eine der beiden Gruppen würde die Gesamtabkehr bedeuten. Eine weitere Erhöhung der vereinbarten Sätze könne nicht erfolgen. Die zu gewährenden Zulagen beruhen auf einem völlig freiwilligen Entgegenkommen; sie seien gemacht, um in einer Zeit schwerster politischer und wirtschaftlicher Entscheidung dem Gewerke den Frieden zu erhalten. Das sei der Standpunkt der Prinzipale. Sie teilten ferner mit, daß sie entschlossen seien, den Weg der Selbsthilfe zu beschreiten. Der Gauvorstand habe volles Vertrauen für die schwierige Lage der Gewerkschaft. Als Funktionär habe er (Massini) jedoch die Verpflichtung, die geschlossenen Tarifverträge zu respektieren. Eine Besprechung mit dem Verbandsvorstand habe das Ergebnis gezeigt, daß er wilde Streiks unter keinen Umständen unterstützen könne, weil dieses Vorgehen den Interessen und Intentionen des Verbandes zuwiderlaufe. Es werde heute noch das Abstimmungs-material ausgegeben werden und morgen finde die Urabstimmung statt. Er erbatte nochmals die Kollegen, die Stimme der Vernunft nicht auszufluchen und zu handeln, wie es ehrlichen Vertragskontrahenten zustehe. Kollege Stoth (Hilfsarbeiter) äußerte sich im gleichen Sinne. Die Diskussion war sehr heftig und wurde geführt von den Vertretern der verschiedensten Richtungen. An der Diskussion beteiligten sich die Kol-

legen Wolter, Freudenreich, Braun, A. W. Schmidt, Sobelfel, Gröning, Engelmeier, Rose, Swirner, Offenwaller, Pellsch, Köhler, Polchmann, Erff e n zweiter Austrag auf Schluß der Debatte machte dem Redestrom ein Ende. In seinem Schlußworte pling Kollege Massini auf alle vorgebrachten Argumente ein. Er bestreite der Opposition in keiner Weise das Recht, gegen die Tarifgemeinschaft zu votieren. Solange aber die Mehrheit im Reiche für die Tarifgemeinschaft sei, muß dieser Mehrheitswille Geltung haben. Komme eine Einigung nicht zustande, trage die Versammlung die Verantwortung für die Folgen der geschaffenen Situation. Bezüglich der Abstimmung wurde beschlossen: zunächst getrennte Abstimmung bei den Buchdruckern und Hilfsarbeitern, dann Zusammenlegung des Resultats und Zweidrittelmehrheit. — Die Vertrauenspersonenversammlung am 8. Juni wies einen übervollen Besuch auf. Kopf an Kopf drängten sich die Kollegen, um das Resultat der Urabstimmung entgegenzunehmen. Unter lauterer Stille gab Kollege Albrecht das Resultat bekannt (siehe unter „Rundschau“ Nr. 66 vom 11. Juni). Nach der Vorlesung bemächtigte sich tiefe Erregung der Versammlung. Bei den nun folgenden Ausführungen des Kollegen Massini fiel ein beleidigender Zwischenruf, dem Massini mit treffenden Worten unter starkem Beifalle begegnete. Er teilte diese Anwürfe mit allen ergrauten Männern in der Arbeiterbewegung. Er habe keine Pflicht getan, gern getan. Anders bedeutenden Männern sei Beschimpfung als Dank geworden für treue Pflichterfüllung im Interesse der Arbeiterchaft. Auch er müsse sich mit dieser Tatsache abfinden, bis andre Männer an seine Stelle treten, die der gleiche Dank erwarte. Redner entrollte in wirkungsvollen Worten unter lebhaftem Beifalle das Bild der Vergangenheit, stellte die freien Aktionen mit dem Wirken und der Entwicklung der Tarifgemeinschaften in Parallele und bezeichnete das viel und oft zu unrechter Zeit gebrauchte Wort: „Alle Räder stehen still“ als einen Appell an die Massen, der in seiner Auswirkung sich in schwierigen Situationen oft als Kraftvorgewand darstelle. Die nachfolgenden Diskussionsredner Schreier, Wierath, Fiedler, Wolter, Kofke, Stoth verurteilten aus schärfste dem beleidigenden Zwischenruf und machten ihren Ansichten entsprechende Ausführungen, unterließen jedoch die vom Kollegen Schreier eingebrachte Resolution (siehe „Korr.“ Nr. 66 vom 11. Juni). Ganz allgemein stellte man sich auf den Standpunkt, daß die durch die Urabstimmung geschaffene Situation den Erfolg einer Aktion in Zweifel ziehe. Die Nützlichkeit des Unternehmertums und die ganze wirtschaftliche Konstellation mit der verzweifelten Lage der Arbeiterchaft, die sich der Not und dem Elend nicht zu erwehren vermöge, treibe zur Katastrophe. Das Barometer stehe auf Sturm! Nach einem sehr wirkungsvollen, von Temperament und Leidenschaft durchzogenen Schlußworte des Kollegen Massini nahm die Versammlung die vorher angelegene Resolution an. Damit erreichte die drei Versammlungen beschließende örtliche Bewegung ihr Ende.

**Frankfurt a. d. O.** Unter diesjähriger Bezirksstag wurde am 29. Mai in Guben abgehalten. Er war von 205 Kollegen besucht. Bezirksvorsitzender Reinke gab in seiner Begrüßungsansprache dem Wunsche Ausdruck, daß die Verhandlungen zum Wohle der Allgemeinheit beitragen möchten. Im Namen des Ortsvereins Guben blieb Vorherrschender Reinke die erdientenen Kollegen herzlich willkommen. Als Gast nahm der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins, Paehke (Guben), teil. Der Bezirksvorsitzende begrüßte nunmehr den neugewählten Gauvorsitzer Kollegen Reinke (Stettin). Das Andenken eines verstorbenen Kollegen wurde in der üblichen Weise geehrt. Aus dem Jahresberichte ist erwähnt, daß auch im hiesigen Bezirk im verflochtenen Jahre die Kollegen unter dem Verhürtsarbeiten viel zu leiden hatten. Den Klassenbericht, der gedruckt vorlag, gab Kollege S. Müller. Sodann referierte Kollege Reinke über: „Gewerkschaftliche Streitfragen“. Er verstand es, die Anwesenden zu fesseln. Der Bezirksvorsitzende dankte dem Referenten für seine Ausführungen. Von der Diskussion wurde reger Gebrauch gemacht. Es kam u. a. zum Ausdruck, daß etwaigen Verleuten der Prinzipale, die Löhne im Buchdruckgewerbe in irgendeiner Weise herabzusetzen, aus schärfste entgegengetreten werden müßte. Auch an den tariflich festgelegten Ferien dürfte in keiner Weise getüßelt werden. Man müßte vielmehr versuchen, die Feriendauer nach Berufs Jahren zu bemessen und die Karenz für den Ferienausgleich zu verringern.

**Freudenstadt.** Der Bezirksmaschinenmessenverein „Schwarzwald“ hatte am 29. Mai seine erste Versammlung in Freudenstadt. Anwesend waren Kollegen aus Altsfeld, Freudenstadt, Horb, Schramberg, Tullingen und Trossingen. Das Programm war ziemlich reichhaltig. U. a. hielt Kollege Gößl (Stuttgart) einen sehr interessanten Vortrag über „Die Zurückführung von Wildformen“, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Nach der Versammlung vereinigte die Teilnehmer ein gemeinschaftliches Mittagessen und nachmittags ein Rundgang durch die Stadt und nähere Umgebung. Nach einem nur kurzen gemüßlichen Beisammeln fuhren die auswärtigen Teilnehmer jedenfalls hochbefriedigt ihren heimlichen Penalen

wieder zu. In ihre Mitgliederzahl hat sich seit kurzem wesentlich erhöht. Falls Kollegen aus den umliegenden Druckorten noch Interesse haben, können sie vom Kollegen Hermann Ocker, Freudenstadt, Ruppenstraße 11, alles Nähere erfahren.

**Karlsruhe.** Die Bezirksgeneralversammlung fand am 29. Mai bei gutem Besuche seitens der Bezirkskollegen statt. Wie üblich stellte sich auch diesmal die „Synagoga“ in den Dienst der Sache durch Vortrag zweier Redner zur Eröffnung. Nach Erörung der im letzten Jahre verstorbenen Kollegen konnte Vorsitzender Kirken auch des 50jährigen Berufs Jubiläums unlers Kollegen Albert Müllmann gedenken, dem er die Glückwünsche des Gauzes und Bezirks darbrachte. Der Tätigkeitsbericht, aus dem besonders der vierjährige Streik des ganzen Bezirks zur Anerkennung der vom Reichsarbeitsministerium festgesetzten Steuererhöhung zu erwähnen ist und wohl als einer der arbeitserleichternden für die Vorstandschaft zu verzeichnen ist, fand die Zustimmung der Versammlung. Die Lokalaufschlags Erhöhung für die Bezirksorte fand im Vordergrund der Debatte, und die Mitteilung, daß die für Bruchsal örtlich geregelten 17,7 Proz. vom Tarifamt auf 15 Proz. herabgesetzt wurden, ebenso vom Kreisamt eine Saisonzulage für die internationale Wäberfabrik Baden nicht mehr gewährt werde, erregte Befremden, da ganz Baden als Grenzland unter der Steuerung doppelt zu leiden hat. Protest hiergegen ist eingelegt und soll nun versucht werden, durch Verständigung einen Ausgleich herbeizuföhren und mit allem Nachdruck die gerechte Forderung zu vertreten. Dem Wunsche der Bezirksdruckorte um bessere Berücksichtigung in puncto Haltung von Vorträgen usw. soll durch Bereitstellung von Mitteln abgeholfen werden. In Stelle des zurückgetretenen Verwaltunglers Hof wurde Kollege Kirken gewählt und als Vorsitzender des Bezirks Kollege Wilhelm Maier.

**G. Södn.** (Maschinenlehrevereinerung Rheinland-Westfalen.) Am 29. Mai fand in Sagen eine außerordentliche Generalversammlung statt. Nach Eröffnung und Begrüßung durch den Vorherrschenden Schrod legte die „Synagoga“ (Sagen) Zeugnis ab von ihrem Können durch den Vortrag des Hymannschen Chores „Lord Sololen“. Geschäftliche Mitteilungen und Klassenbericht wurden zur Kenntnis genommen sowie 38 Neuannahmen beifällig. Es sei darauf hingewiesen, daß der in der vorherigen Gauversammlung beschlossene einmalige Extrabeitrag von 50 Mk. zur Stärkung unlerer Finanzen in diesem Quartal zur Erhebung gelangt. Zum Punkt Statutenänderung, die sich infolge der Verlegung des Gauvororts nach Södn notwendig machte, lagen einige Anträge vor. Ein Antrag auf Einführung des Delegatensystems wurde abgelehnt. Sollte sich infolge abnormer Verhältnisse eine Änderung als notwendig erweisen, dann wird eine entsprechende Vorlage ausgearbeitet. Ferner hatte die Versammlung über einen Antrag auf Urabstimmung bei besonders wichtigen Vorloimmitteln zu befinden. Man einigte sich dahin, daß der Urabstimmungsparagraf des Verbandstatuts in das Gaustatut aufgenommen wird. Das Entschlußwort für Neu- und Wiedererleidende wurde auf 2 Mk. bzw. 3 Mk. erhöht. Zum Schluß hörte man einen Vortrag mit Lichtbildern über die elektrische „Winkler“-Belzung, den Herr Direktor Amster von der „Aeborn“ in lebenswürdiger Weise übernommen hatte. Der Referent führte die Anwesenden in leichtverständlicher Weise in das Gebiet der Elektrizität ein, dann übergehend zu dem eigentlichen Entem „Winkler“-Belzung. Die Teilnehmer dankten dem Referenten durch reichen Beifall. Im Anschluß an den Vortrag folgte noch eine praktische Vorführung im Betriebe der „Sagener Zeitung“, wofür wir auch an dieser Stelle der Firma und dem Kollegen Dethloff Dank aussprechen für das Entgegenkommen.

**Neustadt a. d. S.** Am 29. Mai tagte hier die 57. ordentliche Jahresversammlung der Interfröhrungsstelle für Buchdrucker der Pfalz. Aus dem Jahresberichte des Vorstandes war zu ersehen, daß die Stelle im verflochtenen Jahre einen Vermögenszuwachs von 220 Mk. zu verzeichnen hatte. Das Vermögen der Stelle betrug am 1. Januar 1920 35006 Mk. und heute 37214 Mk. Wenn sich die Stelle weiter so entwickelt wie in dem abgelaufenen Jahre, können wir bis zur nächsten Generalversammlung den Stand wie vor Kriegsbruch aufweisen. Der Mitgliederstand beträgt zur Zeit 433. Der Beitrag beträgt pro Woche 70 Pf., das Frankengeld pro Tag 2 Mk., das erhöht Frankengeld 2,50 Mk. Ein weiterer wichtiger Punkt, angezogen vom Kollegen Becker (Pirmasens), wurde durch folgenden Beschluß erledigt: „Alle Kollegen, die vom Beruf abgehen und in ihrem neuen Berufe gezwungen sind, aus dem Verband auszutreten, um sich der Organisation anzuschließen, die nach dem Beschluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frage kommt, bleiben Mitglieder der Pfälzer Stelle, wenn sie 250 Wochenbeiträge geleistet haben und sich im Bereiche der Pfalz einschließlich Mannheim aufhalten.“ Als Vorsitzender wurde Kollege Lint o n Messer wieder erwählt. Der Hauptkassierer Alois Bernat, der bis zur nächsten Generalversammlung 25 Jahre amtierend hätte, lehnte eine Wiederwahl ab. Als sein Nachfolger wurde Kollege Ludwig Gerst bestimmt. Eine besondere Erörung

des Kollegen Pernal für die langjährige Tätigkeit findet gelegentlich der nächsten Generalversammlung statt.

**Waldenburg i. Schl.** Eine in Wullegiersdorf abgehaltene Bezirksversammlung war sehr gut besucht. Teilnehmern waren die Orte: Wiesdorf, Freiburg, Friedland, Olah, Gollenberg, Sabelschwerdt, Langenbieau, Neurade, Reichenbach, Schweißel, Stragau, Waldenburg und Wullegiersdorf. Nach der üblichen Begrüßung durch den Vorsitzenden Köchel ergriff Gemeindevorsteher Kollege Schöler das Wort, um die jährliche Erklärungen in dem von Bergen umgebenen Waldensdorf herzlich willkommen zu heißen. Der vom Vorsitzenden erstellte Jahresbericht fand beifällige Aufnahme. Allgemeine Zustimmung rief jedoch die Neuordnung der Lokalzulage hervor. Über ein Jahr haben es die Prinzipale verstanden, in den früheren Tarifausgleichungen die Gehälter immer wieder auf die Neuordnung der Lokalzulage zu verfrachten, und nun das Resultat, daß hier viele Orte auf der jetzigen Lohnhöhe bleiben. Worte der Anerkennung sollte Kollege Köchel dem 40-jährigen Verbandsmitglied Kollegen Reichel, Lehrerem das vom Bau gewidmete Gehalt überreichend. Einstimmig wurde der Bezirksvorstand wiedergewählt. An die Bezirkskassiere, die einen Bestand von 3600 Mk. aufweist, sind weiterhin wöchentlich 20 Pl. zu entrichten. — Im Anschluß an die ruhig und lachlich verlaufene Versammlung unternahm die meisten der Teilnehmer mit ihren Damen einen Ausflug nach dem herrlich gelegenen Johannesberg in Böhmen, wo noch einige gemutliche Stunden verlebte wurden.

### o o o o Rundscha u o o o o

**Zur Lage in Hamburg.** Eine Vertrauensmänner- versammlung der Hamburger Kollegen stellte nach ergebnislosen Verhandlungen mit den Unternehmern über die Gewährung einer örtlichen Sonderzulage folgende Forderungen auf: 1. wöchentliche Zulage von 30 Mk.; 2. bei Ablehnung dieser Forderung sofortige Kündigung. Verbandsvorstand und Tarifamt wurden gleichzeitig um Vermittlung ersucht.

**Tarifamtliche Stellenvermittlung und -suche.** Für Tüftler wird ein schwerkräftigbedingter Geher in angenehmer Stellung gesucht. Bewerbungen sind beim Tarifamt, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, einzureichen.

**Geschäftsprüfungen.** Bei den Prüfungen für Geher und Drucker vor dem Prüfungsausschusse der Handwerkskammer in Kolbus am 27. und 28. Mai und am 3. und 4. Juni konnten folgende Noten erteilt werden: In der praktischen Prüfung 2 „Sehr gut“, 10 „Gut“ und 20 „Genügend“. In der theoretischen Prüfung 1 „Sehr gut“, 7 „Gut“ und 33 „Genügend“. Ein Prüfling hat infolge ungenügender Ausbildung die Prüfung nicht bestanden, ein anderer wollte die Prüfung als Maschinen-lehrer an der Linotype ablegen. — Vor dem Prüfungsausschusse der Handwerkskammer in Darmstadt legten 11 Geher, 11 Drucker und 1 Schweißergewerke die Gehaltsprüfung ab. Sie erhielten: Geher: 7 „Gut“, 1 „Genügend“, 3 im Praktischen „Gut“, Theoretischen „Genügend“; Drucker: 5 „Gut“, 6 „Genügend“. Zu bemängeln seien nach dem Berichte die überaus schlechten orthographischen Kenntnisse der Prüflinge, die zum Teil auf die stark reduzierten Schulklassen während der Kriegsjahre zurückgeführt werden könnten. Es empfiehlt sich, die Kenntnisse in Deutsch und auch in den übrigen Fächern zu erweitern. Gelegenheit wird durch die Typographische Gesellschaft, durch die Volkshochschule sowie durch Bücher zum Selbstunterricht in reichem Maße geboten.

**Resultat der Urabstimmung über den neuen Tarif im Lithographie- und Steindruckgewerbe.** Laut offizieller Bekanntmachung in der „Graphischen Presse“ (Nr. 24) wurden bei der inzwischen vorgenommenen Urabstimmung auf Geschäftsseite über den neuen Tarif für das Lithographie- und Steindruckgewerbe (vgl. Leitartikel in Nr. 57 des „Arb.“) von insgesamt 4701 abgegebenen Stimmen 3782 für Abschluß, 874 dagegen, 28 weise und 17 ungültige gezählt. Der zuständige Verbandsvorstand hat deshalb den Verband Deutscher Stein-druckereibesitzer die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses mitgeteilt.

**Offene Stellen für befähigte Gewerkschafter.** Durch den Zentralstellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin SO 16, Engelauer 15 IV) wird gesucht: ein Landessekretär der Gewerkschaften für Baden (Stb. Karlsruhe), erste Kraft, die schon in führender Stellung erfolgreich tätig war, gute Kenntnis der Gesetz- und Gewerkschaftsbewegung besitzt und mindestens zehn Jahre gewerkschaftlich organisiert ist. Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche und des Zeitpunktes, wann eventuell die Stellung angetreten werden kann, sind an die genannte Zentrale zur Weiterbeförderung möglichst sofort einzulegen.

**Volkshausbrand in Leipzig — Zeugen gesucht.** Wie erinnert, wurde das Vorderhaus des Volkshauses in Leipzig ein Opfer des Knapp-Pulvers. Trotz des erdrückenden Beweismaterials über die Brandstiftung hatte die Staatsanwaltschaft das Strafverfahren wegen vorläufiger Brandstiftung abgelehnt. Sonst hätte ja auch der Volkshausbrand in vollem Umfang von der Regierung getragen werden müssen. Aber auch auf Grund des Zuzuschuldengesetzes wird jetzt von der Regierung jede Entschädigung verweigert. Das Volkshaus soll auf jeden Fall abgewürgt werden. Trotz aller gegenläufigen Beweise dreht sich man eine Schuld der Gesellschaft heraus, die nicht alles getan haben soll, ihre Neutralität während der Vorgänge zu wahren. Man macht geltend,

daß sich die Rettung der Stamphandlungen im Volkshaus befunden habe, während nur nachweislich die Streikleitung darin gelagert hat. Irrendwelder Inhalt, der die Beschlebung und Brandlegung begründen konnte, ist bei der „Ertümmung“ nicht gefunden worden. Dienstpersonal und Gewerkschaftsbeamte, die auf ihrem Posten geblieben und in die Keller geflüchtet waren, wurden herangezogen und als „Straßengelangene“ abgeführt. Nach Augenzeugen wurde die Feuerwehr planmäßig von Reichswirtschaftsbeamten am Löschen gehindert und sogar von ihr beschossen. Zur einwandfreieren Feststellung werden weitere Augenzeugen gesucht, die sich im Interesse der guten Sache sofort zahlreich melden wollen. Die Kosten werden durch die Sitzung eines Freundes des Volkslaufes gedeckt.

**Arbeiter im Aufsichtsrat.** Das Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat ist im Reichswirtschaftsrat mit großer Mehrheit angenommen worden. Eine Minderheit sozial rückständiger Arbeitgeber veruchte trotz des Flaschos in den Verhandlungen des sozialpolitischen Ausschusses mit größter Hartnäckigkeit die Funktionen der Betriebsratsvertreter im Aufsichtsrat zur Alibienkontrolle herabzudrücken. Man hat sehr wohl erkannt, daß damit die Machtposition des Unternehmers erschüttert werden kann. Die vollständige Gleichberechtigung der Betriebsräte ist ja auch im Gesetz festgelegt, dafür sind sie aber auch gemäß des Aufsichtsratsgesetzes einer gewissen Kontrollpflicht unterstellt. Auch die gesellschaftlichen Betriebe sind in bezug auf das Recht der Eingestellten zur Überwachung des Betriebs den privaten Betrieben vollständig gleichgestellt. Die Rückwärtschritte der Arbeitgebervertreter wollen gnädigst u. a. nur die Vertretung der sozialen Arbeiterinteressen zugelassen, während doch selbstverständlich die gesamten volkswirtschaftlichen Interessen in Betracht kommen. Freilich Illusionen darf sich die Arbeiterkraft in bezug auf den Erfolg nicht hingeben. Und sie wird es auch nicht tun, nachdem ihr die Grenzen des Betriebsrätewesens in einjähriger Erfahrung bewußt geworden sind. Wenn aber die läßlichen Kameraden gewählt und mit aller Kraft mehr als bisher von den Rechten Gebrauch gemacht wird, dann kann ein gewisser Erfolg auf dem Wege zur Überwindung des kapitalistischen Systems nicht ausbleiben. Die Arbeiter müssen allgemein begreifen, daß mit der mechanisch rohen Ergründung der Produktionsmittel durch sogenannte Betriebsbelegungen nichts erreicht wird, daß mit solchen Verwaltungsmaßnahmen nichts weiter bewiesen wird, als eine sehr bedauerliche geistige Anleihe, daß die Herrschaft über die Wirtschaft in erster Linie nur ein Akt der geistigen Eroberung ist. Der Beginn einer neuen Epoche ist der Eintritt der Arbeitervertreter in die Aufsichtsräte auf jeden Fall. Arbeiter und Unternehmer sind inzwischen in gemeinsamer Kampfstellung gegen den Kapitalismus einander nähergerückt. Nur noch das Band zwischen der körperlich und geistig schwächenden Arbeiterkraft noch fester geschlossen werden; sie muß aus sich heraus die Kräfte entwickeln, die fähig sind, die ihnen gestellten Aufgaben zu lösen. Die Vernichtung des ganzen kapitalistischen Systems und seine Ersetzung durch ein sozialistisches mit einem Schlag ist unmöglich. Der Versuch ist in Rußland gescheitert, er muß in andern wirtschaftlich höherentwickelten Ländern noch schlimmer ausarten. Der Eintritt der Arbeitervertreter in den Aufsichtsrat ist auch nur der Anfang, nicht der Abschluß einer Entwicklung; er ist nur eins von den Mitteln, die Lage der Arbeiterklasse zu heben, natürlich auch kein Allheilmittel. Die Not der Arbeiter, die auf dem kapitalistischen System beruht und die durch dessen politische Auswirkung, den Weltkrieg, vielfach verschärft wurde, wird damit nicht beseitigt. Aber ein neuer Weg des Aufstiegs öffnet sich; ihn entschlossen betreten zu haben, das sollte der Stolz und die Vergnügung dieser Generation sein. Kopf oben, es muß und wird noch werden.

**Zum Proteststreik in Bayern gegen den polkischen Nord.** Seit Montag, dem 13. Juni, nachts 12 Uhr, ist die gewaltige Kundgebung für beendet erklärt, was aber die ruchlose Tat der Rechtsanordnungen und die Volksehrlichkeit noch im Golge hat, ist nicht abzulehnen. „Der Kampf“ (NEP-Organ) wurde bis auf weiteres verboten. Ein Ertraktat der „Münchener Post“ vom 11. Juni wurde wegen seiner Aufforderung zum Generalstreik auch in den lebenswichtigen Betrieben beschlagnahmt, ebenso der Aufruf zum Abbruch des Generalstreiks. Am Abend des 12. Juni wurde eine Verammlung der Buchdrucker, die zur Streiklage Stellung nahm, von bewaffneter Sicherheitspolizei mit aufgeplantem Seitengewehr aufgehoben. Die Erregung über dieses polizeiliche Vorgehen war unter den Kollegen groß. Der Mörder ist aber b.s. heute weder verhaftet, noch eine Spur von ihm entdeckt. Die Buchdrucker haben am Montag, dem 13. Juni, eine Abordnung zur bayrischen Regierung geschickt mit der Forderung: Nüchternsches Vorgehen gegen die bürgerliche Schepreie, Sicherheit der Person und Freigabe der sozialistischen Presse. Bei Ablehnung sollte der Streik in den bürgerlichen Zeitungen weitergeführt werden. Die vom Streik betroffenen bürgerlichen Wähler haben ein gemietetes, vierseitig gedrucktes Nachrichtenblatt mit dem Titel „Münchener bürgerliche Presse“ heraus, das in geringer Auflage im Straßenverkauf vertrieben wurde. Das technisch sehr mangelhaft hergestellte Blatt zeigte, daß kein organisierter Buchdrucker auf der Herstellung beteiligt war. Der Versuch, ein großes bürgerliches Blatt herauszubringen, scheiterte an dem entschlossenen Willen der Buchdrucker, die Streikparole zu halten. Die „Münchener Post“ sollte unter Vorzensur gestellt werden und zu diesem Zweck wurde die Vorlegung der Plattenabzüge verlangt, bevor Druckerlaubnis erteilt werde, womit die Redaktion nicht einverstanden war. Das Erscheinen der Montagnummer läßt den Schluss zu, daß eine Einigung darüber erzielt wurde.

**Paßsche Lehrpläne für Naturheilmethode und medizinische Zwangsbehandlung?** Ein Kongress der Naturheilvereine, der vor nicht langer Zeit in Eisenach stattfand, warnte vor jeder Verdunklung und Schwächung des Erbes der Vorkämpfer, da die sogenannte physikalisch-diätetische Therapie nur ein Behelfsmittel zur Bekämpfung der öffentlichen Meinung sei und streng getrennt werden müsse von dem Gebankinhalt der Naturheilvereinigung. Die Verlegung des Lehrstuhls für das Wasserheilverfahren an der Berliner Universität mit einem enschiedenen und langverdienten Naturarzt wurde anerkannt. Die Verammlung forderte jedoch, daß auch an den übrigen Universitäten Lehrstühle und an allen Krankenhäusern Abteilungen für das Naturheilverfahren errichtet werden. Zurüdigewiesen wurde die Verlegung mit Ärzten der physikalisch-diätetischen Therapie, die doch nur strenge Mediziner sind, und gefordert, daß bei Personenwahlen die Leitung der Naturheilmethode gebührt werde. Gegen die Art, wie die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten diese Leiden bekämpft, erklärte sich die Verammlung mit Entschiedenheit. Es handelte sich dabei nicht nur um medizinische, sondern in hohem Maße um sittliche, soziale, erzieherische Probleme, die nur so lösen ließen, wenn man als bisher die Jugend einer edlen Geselligkeit zugeliebt, den Wirkungen fallenden Genüßens entzogen wird. Von einer medizinischen Zwangsbehandlung im Sinne der Salvarsan- und Quecksilberkur erwartete die Verammlung keinen Erfolg. Sie forderte, daß wie bisher jedem Erkrankten kein Staatsbürgerliches Recht auf freie Wahl der Heilmethode und ihrer Vertreter gewährt bleibe. Gegen den fortdauernenden, im Gesetz nicht begründeten Smpfzwang wurde gleichfalls protestiert und nach englischem Vorbilde die Einführung der Gewissensklause gefordert. Daß die allen Forderungen der Naturheilmethode endlich Erfüllung finden, daran hat die Arbeiterkraft nicht zuletzt das größte Interesse. Ist sie doch zumest auf Krankenärzte angewiesen, die nur der Not gehorchend ein blühendes Naturheilmethode machen, im übrigen aber streng nach medizinischen Regeln handeln. Die Arbeiterkraft braucht Gleichberechtigung der Heilmethode. Es mühte noch dahin kommen, daß in jeder Krankenhalle ebensowie richtigliegende Naturärzte wie Mediziner zur Verfügung stehen. Der Widerstand der alles beherrschenden Mediziner ist aber nach den gegebenen Umständen sehr groß, weshalb auch mit mehr Nachdruck die gute Sache erkämpft werden mühte. Regte sich doch auch dieser Tage die Ärztekammer Dresden darüber auf, daß die Parteien der Linken der Parität der Heilmethode Subsidien und besonders der Naturheilmethode zugelen seien. Die Sozialdemokratie bringe Gelehe ein, die auf den Fein des ärztlichen Standes hingen, und bringe schließlich auch noch die „Sturplucher“ (Naturheilmethoden) zur Anerkennung. Das wäre allerdings notwendig, weil die Mediziner doch nicht ihren rückständigen Kampf gegen die freie Entfaltung der Naturheilmethode unterlassen können.

**Achtstundentag in Belgien und Argentinien.** Die belgische Kammer hat mit 121 gegen 7 Stimmen den achtstündigen Arbeitstag angenommen; auch in Argentinien ist der Achtstundentag durch Gesetz eingeführt worden.

### o o o o Literarisches o o o o

**„Brännen.“** Seine Bedeutung für Auswanderer usw. Dreißig-jährige, bis zur Gegenwart reichende Erfahrungen von Karl Schuler. Verlag Barthol & Co. in Berlin. — Abgabe 6. Bahnhofsstraße 19/20. Preis 3 Mk. In Wittenberg, in pper Schreibweise erörtert der Verfasser alle Fragen, die für den Auswanderer nach Brasilien von Interesse und Bedeutung sind. Licht und Schatten gleichmäßig verleiend und stets unter dem Gesichtspunkte, daß die richtige Behandlung und Leitung der Auswanderungsbewegung kulturell und wirtschaftlich lehrreich werden kann.

**„Meine Schicksale in Sowjet-Rußland.“** Von Viktor Tschernow. Ein maßgebender Führer der russischen Sozialrevolutionäre verliert in dieser Schrift nachzuweisen, daß die heutigen bolschewistischen Machthaber die gleichen Verbrechen begangen haben wie das alte zaristische Regime. Das Buch ist durch den „Stern“-Verlag in Berlin W 35 zum Preise von 9,50 Mk. zu beziehen.

### o o o o Verschiedene Einträge o o o o

**„Johannistag“-Festgeschehen.** — Honorarvolle Ereignisse, zwei Serien zu je fünf Stück unter Streubindenden, müssen in ihrer Aus- führung die Anerkennung und im Spätmachen bei den Johannisten und die Freude aller Berufsgruppen erwecken. Zu beziehen (1,65 Mk. pro Satz) von Kollegen Gullis, Bennndorf, Altenburg (S. 21.) Dillische 5.

**„Sowjet.“** Kommunales Leitblatt. Herausgeber Paul Feil. Nr. 2. Jahrgang. 12 Hefte halbmächtig. Einzelheft 2 Mk., Vierteljährlich 11 Mk., jährlich 42 Mk. Verlag A. Seebol & Co., Berlin C 54 (Revolution: Abl. Sowjet).

**„Was ist das Verbrechen?“** Die Margjantion oder die Kritik daran? Von Paul Weis. Preis 2 Mk. Verlag A. Seebol & Co., Berlin C 54.

**„Gefährlich zur Einweihung des Volkshauses, Goldner Pfug“** in Altenburg (S. 21.) 1921. Im Selbstverlage des „Volkshauses“, e. G. m. b. H., erschienen.

### o o o o Verammungskalender o o o o

**Chemnitz.** Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 18. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im „Goldenen Engel“, Zschopauer Straße 1a.

**Elmsborn.** Bezirksversammlung Sonntag, den 19. Juni, 9 Uhr, im „Nordischen Hof“, Kaiserstraße.

**Einhorn.** 2. Absteilung, Verammung Sonntag, den 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Aeren-Ischke“, Bismarckstraße 5.

**Fort-Rußland.** Verammung Montag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, im P. R. schen Behalte, Kolbitzer Straße.

**Nordhausen a. S.** Verammung Sonabend, den 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Hotel Grander“.

**Offenstadt.** Außerordentliche Bezirksversammlung Sonntag, den 26. Juni, in Emden in der Aula des Gymnasiums.

**Welmor.** Außerordentliche Hauptversammlung Freitag, den 24. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“.